

Einleitung

Anfang 1962 stellte die Leiterin des Referats „S“ bei der Tiroler Landesregierung, Viktoria Stadlmayer, „Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der Südtirol-Politik“ an. Es ist ein außergewöhnlich interessantes Dokument, nachgerade Pflichtlektüre! In ihrem Kampf um Südtirol hatte Frau Stadlmayer von Anfang an jedwede Art von Gewalt abgelehnt. Und so verwundert es nicht, dass sie in diesem streng vertraulichen Dokument ein vernichtendes Urteil über die Bombenattentate des Jahres 1961 fällt. Für sie war die Bombenpolitik gescheitert, und mit der Einsetzung der Neunzehner-Kommission hatte ihrer Meinung nach Italien einen ersten Sieg errungen. Für sie stand fest: „Die Neunzehner-Kommission und ihre positive Aufnahme in Südtirol ist kein Erfolg der Bomben-Politik, sondern ist ein Sieg Italiens.“ Und jeder neue Bombenanschlag würde ein Minuspunkt für die österreichische und Südtiroler Politik in dieser Sache sein; neue Anschläge wären für sie „verheerend für unser weiteres Vorgehen“. (Dok. 15)

Inzwischen gab es die ersten Prozesse in Österreich – sehr zum Missfallen der Tiroler Landesregierung. Am 5. April 1962 kam es in Wien zu einer Aussprache zwischen Landeshauptmann Tschiggfrey sowie den Landesräten Wallnöfer und Zechtl und SPÖ-Justizminister Christian Broda. Die Tiroler verwiesen auf die von Südtiroler Anwälten immer wieder geäußerte Befürchtung, dass sich infolge der Durchführung der anhängigen Verfahren die Lage der in Südtirol Inhaftierten verschlechtern werde und dass italienische Gerichte auf die Prozesse in Österreich warteten, um daraus Material für ihre eigenen Verfahren zu gewinnen. Broda machte klar, dass er einen solchen Zusammenhang nicht sah und stellte unmissverständlich fest:

„Die Herren der Tiroler Landesregierung müssen wissen, was ihre Pflicht ist, und ich weiß, was meine Pflicht ist, solange ich die mir anvertraute Funktion des Bundesministers für Justiz ausübe. Ich werde mich von der Erfüllung dieser Pflicht durch nichts abhalten lassen. Ich stelle den Herren der Landesregierung vollkommen frei zu tun, was sie für ihre Pflicht erachten.“

Gleichzeitig warnte er die Tiroler davor, „sich für einen politischen Kurs zur Verfügung zu stellen, der die verhängnisvollsten Folgen für die innere und äußere Lage haben könnte“. Auch bei einem Gespräch wenige Tage später in Innsbruck kam man sich nicht näher. Bemerkenswerte Dokumente. (Dok. 33, 36)

In der Folge wurde dann die Tiroler Landesregierung aktiv und beschloss am 15. Mai 1962 einstimmig eine Denkschrift über die Nichtdurchführung der Südtirolprozesse in Österreich und beauftragte Landeshauptmann Tschiggfrey, sie den Mitgliedern der Bundesregierung zu Kenntnis zu bringen. (Dok. 40)

Bis auf einen Prozess wurden dann allerdings alle weiteren Prozesse in Österreich bis nach Abwicklung der analogen Verfahren in Italien vertagt.

Inzwischen spielten die Italiener ihr Spiel: keine weiteren Kontakte mit Österreich, alles intern regeln in der Neunzehner-Kommission. Begründung: Eine vorzeitige Aufnahme der Verhandlungen mit Österreich könne sich auf den Fortgang der Kommissionsarbeit nachteilig

auswirken und den Eindruck erwecken, dass eine Beeinflussung von außen beabsichtigt sei. Man hoffte daher in Rom auf einen baldigen Abschluss der Arbeiten der Kommission. Die aber ließ auf sich warten. Immerhin trafen sich die Außenminister Kreisky und Piccioni im Juli 1962 in Venedig, ohne dass dort die wirklichen Probleme auch nur angesprochen wurden. (Dok. 70) Die deutsche Botschaft in Rom brachte dies auf den Punkt, in Venedig sei das Südtirolproblem „auf Eis gelegt“ worden.

Am 12. Oktober 1962 wurde in einer neuerlichen Südtirolverhandlung in Innsbruck das weitere Vorgehen mit Blick auf die Neunzehner-Kommission und das inzwischen vereinbarte neue Außenministertreffen in Salzburg festgelegt. Da die Italiener in Salzburg nicht über die Arbeit der Kommission sprechen wollten, beschloss man, dort die Sprachenfrage zum Thema zu machen. Damit würde man im Rahmen des Pariser Abkommens bleiben. Wenn man sich darüber einigen würde, dann, so Kreisky, „war das Treffen ein Erfolg, da wir damit den Durchbruch zu Verhandlungen über die Substanz gemacht haben“. (Dok. 91) Es sollte zu keiner Außenministerkonferenz in Salzburg kommen. Die Italiener sagten die Begegnung ab; da sie mit Venedig ihr eigentliches Ziel erreicht hatten, nämlich den Verzicht Österreichs, das Südtirolproblem erneut vor die UNO zu bringen. Danach war man an weiteren Gesprächen nicht mehr ernsthaft interessiert, zumal auch die Neunzehner-Kommission nicht tagte. Hinzu kamen Probleme im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der österreichischen Delegation für Salzburg und eine neue Terrorwelle. (Dok. 98, 99)

In den folgenden Monaten verschlechterte sich die Stimmung immer mehr, bis zu einem ersten Höhepunkt Ende August 1963, als acht Carabinieri in Trient „wegen erwiesener Unschuld“ freigesprochen wurden; zwei waren zwar schuldig gesprochen worden, fielen aber wegen Geringfügigkeit des Vergehens unter eine inzwischen erlassene Amnestie. Das waren jene Carabinieri, die 1961 nachweislich Südtiroler gefoltert hatten. Umso heftiger fielen die Reaktionen in Südtirol und Österreich aus. Das Urteil wirkte wie ein Schock und erzeugte in der Südtiroler Bevölkerung „Pessimismus und Depression“, wie Landeshauptmann Silvius Magnago meinte. Und weiter: „Italien hätte durch das Urteil von Trient eine psychologische Schlacht gewinnen können, aber sie wurde verloren.“ Für Staatssekretär Ludwig Steiner war das Urteil sowohl „menschlich zutiefst erschütternd als auch in politischer Hinsicht höchst bedauerlich“. (Dok. 147)

Bruno Kreisky wies in einer Südtirolbesprechung am 10. September 1963 darauf hin, dass sich Italien seit zwei Jahren weigere, mit Österreich zu verhandeln, und „dabei stellt sich die Frage, wie lange kann sich Österreich dies gefallen lassen?“ (Dok. 158), während der ehemalige italienische Botschafter in Wien, Gastone Guidotti, am selben Tag gegenüber seinem österreichischen Kollegen in Bonn konstatierte, dass die österreichisch-italienischen Beziehungen „auf einem vorher noch niemals erreichten Tiefpunkt angelangt“ seien. (Dok. 157) In einer solchen Atmosphäre waren keinerlei Fortschritte zu erwarten.

Die Dinge änderten sich erst ab Dezember 1963 mit der Bildung der Mitte-Links-Regierung in Rom. Der 47-jährige Parteisekretär der Democrazia Cristiana und Strafrechtler Aldo Moro wurde Ministerpräsident, Giuseppe Saragat Außenminister. In der italienischen Innenpolitik trat eine bedeutsame Wende ein. Saragat war nicht nur Sozialdemokrat, er hatte auch ein besonders enges Verhältnis zu Österreich: Er hatte in Wien im Exil gelebt, seine Tochter war dort zur Welt gekommen. Er und Moro waren ernsthaft um eine Verbesserung der Beziehungen zu Österreich und um eine Lösung der Südtirolfrage bemüht. Saragat lud Kreisky denn auch sofort zu einem Gespräch ein, das am 14. Dezember im Hotel Raphael in Paris

stattfand, wo Saragat erklärte, dass seine Regierung um eine möglichst baldige Vorlage des Berichts der Neunzehner-Kommission bemüht sei und ihn unverzüglich prüfen werde. Man hoffe in Rom, so Saragat, dass es möglich sein werde, auf der Basis der Ergebnisse der Kommission eine, wie er es formulierte,

„globale‘ und ‚vollständige‘ Regelung der Südtirolfrage zu erzielen. Keine andere italienische Regierung werde mehr als die derzeitige bereit sein, das Südtirolproblem durch entsprechend große Konzessionen, ‚die bei weitem über das Pariser Abkommen hinausgehen, zu bereinigen.“ (Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, S. 358–361, s. u., S. 12)

Ebenfalls im Dezember 1963 begann in Mailand der erste Südtirolprozess. Es war der größte politische Prozess der italienischen Nachkriegsgeschichte und dauerte 94 Tage. Angeklagt waren 94 Personen, davon 87 Südtiroler, 6 Österreicher und ein Bundesdeutscher. Die Anklageschrift umfasste 644 Seiten, die Beilagen mehr als 20.000 Seiten. Insgesamt waren 470 Zeugen geladen. Zum ersten Mal erfuhr die italienische Öffentlichkeit Einzelheiten über Südtirol, was der bekannte Südtiroler Journalist Claus Gatterer als „Elementarunterricht“ bezeichnete. Von daher kommt diesem Prozess eine ganz besondere Bedeutung zu. Aber er war auch in anderer Hinsicht bedeutsam: Zum ersten Mal griff die italienische Regierung in das Geschehen ein, was grundsätzlich ganz ungesetzlich war. Den Vorsitzenden des Mailänder Prozesses ließ man nämlich wissen, wie es hieß, „dass die Regierung an milden Urteilen politisch interessiert sei“. (s. Faksimile in: Südtirol zwischen Diplomatie und Terror, Bd. 3, S. 170) Die Urteile fielen am Ende zwar nicht ganz so milde aus, aber immerhin hätte alles auch noch viel schlimmer kommen können. Besonders interessant sind hier die Berichte des offiziellen österreichischen Prozessbeobachters, der regelmäßig das Außenministerium in Wien über den Fortgang des Prozesses informierte – mit zum Teil erstaunlichen Innereinsichten.

Was Saragat angekündigt hatte, sollte im Jahr 1964 Realität werden – trotz zunehmender Attentate, Toten und Terror. Es gab damals intensivste Beratungen auf (Süd-)Tiroler/österreichischer Seite, die nicht frei von Spannungen waren, wie die Südtirolbesprechungen (Wortprotokolle) über Wochen und Monate mehr als deutlich machen. Ende 1964 waren sich Kreisky und Saragat jedenfalls einig, die entsprechenden Dokumente für die UNO waren fertig gestellt. (Dok. 236, 248, 250) Vor der letzten entscheidenden Sitzung mit Saragat im Dezember in Paris lud Kreisky zu einer vertraulichen Südtirolbesprechung in kleiner Runde in seine Wohnung in Wien ein, an der unter anderem auch die Landeshauptleute Wallnöfer und Magnago teilnahmen. Für die letzte Verhandlungsrunde mit Saragat bat er die Versammelten ausdrücklich um die Ermächtigung zur Weiterführung der Verhandlungen, da er sich, wie es im Protokoll heißt, „nicht der Gefahr aussetzen könne und wolle, im Nachhinein desavouiert zu werden“. (s. Dok. 237 u. Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, S. 363) Genau das aber geschah Anfang Jänner in Innsbruck. Zumindest sah Kreisky das so.

Wie die Dinge gelaufen sind – und wie ich die Dokumente in der Darstellung „Zwischen Diplomatie und Terror“ interpretiert habe –, kann nun jeder selbst lesen und sich sein eigenes Urteil bilden. Ein Glücksfall für den Historiker ist auch, dass bei vielen wichtigen Sitzungen das Tonbandgerät mitlief und das unverfälschte Ergebnis im Wortlaut nachlesbar ist. Insgesamt eine einzigartige Überlieferung!

Zur Südtirolfrage habe ich mich in der Vergangenheit bereits mehrfach geäußert¹; für den Zeitraum, der mit dieser Aktenedition – 1959 bis 1969 – abgedeckt wird, am ausführlichsten in der dreibändigen Darstellung „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969“. Die Jahre 1962 bis 1964 – der vorliegende Dokumentenband – werden dort in Band 2, S. 641–672, und in Band 3, S. 19–238 sowie im Bildteil von Band 3, S. 259–319 behandelt, mit 67 Faksimiles und Abbildungen, von denen 30 Dokumente sind, und zwar:

- 8.1.1962: Erste Seite eines Schreibens von Botschafter Enrico Martino (S. 18)
- 7.12.1961: Telegramm Max Löwenthal an BMfAA (S. 20)
- 28.11.1961: Enrico Martino an Außenministerium in Rom (S. 23)
- 20.4.1962: Telegramm US-Botschaft Rom (S. 30)
- 12.3.1962: US-Konsulat Salzburg an Department of State (S. 33)
- 7.8.1962: US-Botschaft Wien an Department of State (S. 53)
- 19.10.1962: US-Botschaft Wien an Department of State (S. 56)
- 9.11.1962: Rupert Zechtl an Bruno Kreisky (S. 71)
- 26.1.1963: US-Botschaft Rom an Department of State (S. 88)
- 18.1.1963: US-Konsulat Salzburg an Department of State (S. 97)
- 11.1.1962: Department of State, Memorandum of Conversation (S. 103)
- 7.9.1963: Paul Struye an Bruno Kreisky (S. 106)
- August 1963: BAS-Flugblatt (S. 115)
- 4.9.1963: Entschließung der SVP zum Urteil von Trient (S. 122)
- 2.9.1963: Italienische Verbalnote an BMfAA (S. 124 f.)
- 17.9.1963: Erste Seite einer Aufzeichnung von M. Brown (Foreign Office) (S. 130)
- 9.9.1963: Douglas R. Hurd (Britische Botschaft Rom) an Foreign Office (S. 132)
- Oktober 1963: BAS-Flugblatt (S. 140 f.)
- 13.6.1964: Entschließung der SVP-Landesversammlung (S. 154)
- 22.6.1962: Max Löwenthal an BMfAA (S. 161)
- 23.12.1963: Ludwig Steiner an Bruno Kreisky (S. 163)
- Januar 1964: Flugblatt während der Olympischen Winterspiele 1964 in Innsbruck (S. 165)
- 18.3.1964: Max Löwenthal an BMfAA (S. 170)
- 2.8.1965: Eduard Wallnöfer an Bruno Kreisky (S. 174 ff.)
- 14.10.1964: „Entwurf einer Mitteilung der Bundesregierung an die Vereinten Nationen“ (S. 181)

1 Folgende Darstellungen seien genannt:

Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987, 405 Seiten (Neuaufgabe 2006 unter dem Titel „Autonomie oder Selbstbestimmung?“).

Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1999, 3. Auflage 2004, 624 Seiten.

Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck 1999, 418 Seiten.

Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden, Bozen 1999, 2540 Seiten.

Alto Adige/Sudtirolo 1918–1999, Innsbruck 1999, 120 Seiten.

Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2003, 129 Seiten.

South Tyrol. A Minority Conflict of the Twentieth Century, New Brunswick (USA)/London 2003, 171 Seiten.

„Volk in Not.“ Die Südtirolfrage. Ein Bildband, Innsbruck–Bozen–Wien 2008.

Neben zahlreichen Aufsätzen gibt es im Internet darüber hinaus unter www.rolfsteiningger.at einen Schwerpunkt „Südtirol“ mit einem kurzen Essay, Literaturangaben und weiteren Links.

- 16.9.1964: Einigung zwischen Österreich und Italien; Aktendeckblatt (S. 188)
- 24.9.1964: Christian Kerbler mutmaßlicher Mörder von Amplatz; Aktendeckblatt (S. 204)
- 10.12.1964: Bericht des italienischen Geheimdienstes über Christian Kerbler (S. 207)
- 1.10.1964: Sendung des Bayerischen Fernsehens; Aktendeckblatt (S. 210)
- 17.9.1964: Bericht des italienischen Geheimdienstes; Deckblatt (S. 215)

Sechs Dokumente (105–111) habe ich bereits 1999 in dem von mir herausgegebenen Band „Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente“, S. 345–364, veröffentlicht. Sie werden hier aus Platzgründen nicht erneut abgedruckt. Es handelt sich um folgende Dokumente:

- 21.5.1962: Aussprache mit Mario Scelba. Max Löwenthal (Rom) an Bruno Kreisky (Wien) (S. 345 ff.); 1. Seite als Faksimile in: Diplomatie und Terror, Bd. 2, S. 550.
- 8.9.1962: Außenministertreffen in Venedig am 31. Juli 1962. Vortrag von Bruno Kreisky an den Ministerrat (S. 347–350)
- 24.6.1963: Gedanken über die weitere Vorgangsweise. Max Löwenthal (Rom) an Bruno Kreisky (Wien), (S. 350 f. mit Faksimile)
- 6.9.1963: Stand der Verhandlungen mit der italienischen Regierung bezüglich des Prozesses in Trient. Beschluss des Ministerrates (S. 353)
- 29.10.1963: Südtirolverhandlungen in Genf am 23. Oktober 1963. Mündlicher Bericht von Bruno Kreisky an den Ministerrat (S. 353–358)
- 14.12.1963: Gespräch zwischen Bruno Kreisky und Giuseppe Saragat im Hotel Raphael in Paris (S. 358–361)
- 25.11.1964: Südtirolbesprechung Bruno Kreiskys mit Vertretern aus Nord- und Südtirol in Wien (S. 361 ff.)

Für die Edition insgesamt wurden folgende Archive konsultiert:

1. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Wien (ÖStA, AdR)
2. Tiroler Landesarchiv, Innsbruck (TLA)
3. Archiv der Südtiroler Volkspartei/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)
4. Archivio Storico Diplomatico, Ministero degli Affari Esteri, Affari Politici, Rom (ASD-MAE)
5. Archivio Centrale dello Stato, Presidenza Consiglio, Rom (ASC, PC)
6. Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien (StBKA)
7. Archiv der ÖVP im Karl von Vogelsang-Institut, Wien (AKVI)
8. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn/Berlin (PA)
9. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)
10. Archiv der Universität Innsbruck (AUI)
11. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (IfZ, Innsbruck)
12. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien (IfZ, Wien)
13. Archiv Dr. Toni Ebner, Bozen (Ebner-Archiv)
14. Nachlass Kanonikus Michael Gamper, Bozen (Gamper-Nachlass)
15. United Nations Archives, New York (UN-Archives)

16. The National Archive, Public Record Office, (Kew) London (PRO)
17. National Archives, Washington, D.C./College Park, Maryland (NA)
18. Archiv der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP)/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)
19. Privatarhiv Dr. Heinz Damian, Wien.

Schon in meiner Arbeit „Zwischen Diplomatie und Terror“ aus dem Jahr 1999 habe ich allen Mitarbeitern der damals konsultierten Archive herzlich gedankt. Diesen Dank möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich wiederholen.

Die Aktenedition, deren vierter Band hier vorgelegt wird, ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken. Mein Dank gilt auch all jenen, die die Drucklegung ermöglicht haben, allen voran dem Landeshauptmann von Südtirol, Dr. Luis Durnwalder. Mein ganz besonderer Dank gilt erneut meinen Sekretärinnen: Frau Eva Plankensteiner, Frau Ingrid Voggenberger und Frau Mag. Ulrike Scherpereel. Sie haben die Dokumente in eine lesbare Form gebracht. Mein Dank gilt auch Herrn Mag. Harald Dunajtschik, der das Manuskript vor Drucklegung auf Fehler geprüft hat, sowie in Südtirol Herrn Dr. Alessandro Montoro, der sich um Transkription und die „Feinkorrektur“ der italienischen Dokumente gekümmert hat.

Innsbruck, im Mai 2008
Rolf Steininger
www.rolfsteininger.at